

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1896

253 (28.10.1896) I. Blatt

Ausgabe:
Wöchentlich zwölf Mal.
Abonnementpreis:
Bieteljährlich:
Inhaltsverzeichnis:
für bezogen: 2 Mark 50 Pf.,
in das Haus gebracht: 2
Mark 80 Pf., durch die Post
ohne Postgebühr 2 Mark
50 Pf. Vorauszahlung.

Badische Landeszeitung.

Redaktion und Expedition: Kirchstraße 9.

Telephonanschluß Nr. 401.

Ausgabegebühren:
Die 1/2spaltige Kolonialsache
oder deren Raum 20 Pf.,
im Restamentgebühren 60 Pf.
Bemerkungen:
Unbenutzte Stellen
werden nicht aufbe-
wahrt und können nachträg-
liche Honorar-Ansprüche
Berücksichtigung finden.

Nr. 253. I. Blatt.

Karlsruhe, Mittwoch, den 28. Oktober

1896

Einladung.

Abonnements auf die täglich 2mal erscheinende
„Badische Landeszeitung“
mit täglichem Unterhaltungsblatt
werden für die Monate November und Dezember bei
sämtlichen Postämtern entgegengenommen.
In Karlsruhe kann man auf unserem Kontor (Kirch-
straße 9), bei unsern Agenturen und bei unsern Trägerinnen das
Abonnement anmelden. Neu hinzutretende Abonnenten erhalten
die „Badische Landeszeitung“ sofort — bis zum 1. Nov.
gratis — zugestellt.

Der Abonnementspreis beträgt für Karlsruhe für zwei
Monate, durch eine Agentur bezogen: 1 M. 70 Pf., in das Haus
gebracht 1 M. 90 Pf., durch die Post (ohne Postgeb.) 1 M.
70 Pf. bei Vorauszahlung.

Verlag der Bad. Landeszeitg.

Europäische Bündnisse.

Lange Jahre hindurch hat nach dem deutsch-französischen
Kriege zuerst der Dreiländerbund, dann der Dreierbund die politische
Situation beherrscht; beide Bündnisgruppierungen waren vom
Fürsten Bismarck eingeleitet und ausgeführt worden. Es waren
Defensivbündnisse zur Erhaltung des Friedens, und sie haben ihren
Zweck durchaus erreicht und auch in bedenklichen Krisen ihre
beruhigende Wirkung ausgeübt. Durch diese Bündnisse war es ge-
lungen, das unruhige Frankreich vollständig zu isolieren; war auch
Rußland durch die Intrigen Gortschakows, auf die in der jüng-
sten Zeit Fürst Bismarck wiederholt in den „Damb. Nachrichten“
hinweisen lassen, gegen Deutschland verstimmt, so war es dem
Altmeister der Diplomatie gelungen, trotz des Eintritts von Dreiländer-
bunde und der Schaffung des Dreierbundes den „Draht mit Ruß-
land“ nicht abreißen zu lassen, und wie Fürst Bismarck erst in
den letzten Tagen konstatiert hat, ein geheimes Defensiv-
Abkommen auch mit Rußland zu treffen, das bis zum Jahre
1890 gültig ist. England hingegen hielt sich neutral, aber
dem Dreierbund nicht feindlich, so daß Frankreich tatsächlich ganz
allein stand.

Das änderte sich mit dem Jahre 1890. Wohl mit Rücksicht
auf England, mit dem man diese Zeit ein intimeres Verhältnis an-
geknüpft wurde, ließ man in Berlin die bisherigen guten Bezie-
hungen zu Rußland fallen; das geheime Defensivbündnis wurde
nicht erneuert. Und da der Antagonismus zwischen Rußland und
England schon lange besteht, außerdem die von dem „neuen Kurs“
in Berlin inaugurierte Außenpolitik in Petersburg stark verstimmt,
so näherte sich Rußland, um nicht allein zu stehen, den
Franzosen, die ihrerseits mit Entzücken die Gelegenheit ergrif-
fen, aus ihrer Isolation herauszutreten. Es kamen Kronstadt,
Toulon und schließlich die Pariser Jarentage — der „Zweierbund“
war dem Dreierbund entgegengesetzt worden. Inzwischen hatte aber
Deutschland sehr trübe Erfahrungen gemacht; der
Panjabvertrag, die feindselige Haltung der Briten in Kolonial-
fragen überhaupt, schließlich der Transvaalkrieg — das waren
ebenfalls Etappen auf dem Wege der Erfahrung, daß man Eng-
land nicht ungetraut den kleinen Finger reichen darf — es verlangt die
ganze Hand. Schon vor der Transvaalkrise hatte man in Berlin
den Fehler eingesehen, der mit dem Ausgeben Rußlands zu
Gunsten Englands begangen worden war. Eifrig bemühte
man sich, die Fäden mit Rußland wieder anzuknüpfen.
Und wenn es auch nicht gelungen ist, den „Zweierbund“ wieder zu
lösen, der den Russen für ungeachtete glänzende Erfolge gebracht
hatte, so blieben die Bemühungen doch nicht ganz erfolglos. Trotz der
Freundschaft mit Frankreich stellte sich Rußland, das keine beson-
deren Interessengemeinschaft mit Deutschland besitzt, wieder relativ
freundlich zu dem Nachbar, der ihm in der ostasiatischen Frage
einen großen Dienst geleistet hat. Und als England, das mit
Nerger sehen mußte, wie diesmal sein altes Spiel, einen Festlands-
staat gegen den anderen aufzubauen und dabei im Trüben zu
fischen, erfolglos blieb, und wie die britische Unzuverlässigkeit
und der Egoismus des Inselreiches diesem selbst allgemeines Mißtrauen
und Gegnerschaft zugezogen und es dadurch vollständig isoliert
hatte — als England eine diplomatische Niederlage nach der
andern erlitt, und ebenso in Ostasien, wie im Orient Schritt vor
Schritt zurückweichen mußte, da gab es die volle Schale seines
Bornes auf Deutschland aus, in dem es jetzt seinen bittersten Feind
verfolgte.

Die Situation hat sich also seit 1890 nicht unwesentlich ver-
schoben. Rußland und Frankreich stehen in Freundschaft, England
ist isoliert und zugleich heftiger Gegner Deutschlands und damit
indirekt des Dreierbundes. Und der Dreierbund selbst? Man wird
sich darüber keinen Illusionen hingeben dürfen. Deutschland und
Österreich halten nach wie vor fest zusammen und sind durch ihre
Interessen auch jetzt auf einander angewiesen. Zwar kann sich
Deutschland nicht direkt mit den Orientbestrebungen Österreichs
identifizieren, so wenig wie Österreich direkt an Ostasien-Vorhaben
ein Interesse hat. Aber da beide Staaten sich im übrigen gegen-
seitig zu stützen alle Ursache haben, so müssen sie sich auch in den
erwähnten beiden Fragen, bei denen es sich um Lebensinteressen
der beiden Kaiserreiche handelt, hilfreich zur Seite stehen. Anders
steht es mit Italien. Die Gemeinsamkeit der Interessen
zwischen diesem Staat und den beiden anderen Mächten
des Dreierbundes beruht hauptsächlich darauf, daß Italiens
Stellung als Großmacht durch den Dreierbund
garantiert ist und daß Italien gegen Frankreich einen
sicheren Stützpunkt hat. Andererseits ist ein Zwiespalt zwischen
Italien und Österreich leicht möglich, einmal bedingt durch den
Wettbewerb, den Österreich noch an italienischen Boden hat, andererseits
durch den Umstand, daß das gut katholische Österreich auch mit
den vorkatholischen Bestrebungen nicht so vollständig brechen konnte,
wie Italien lieb gewesen wäre. Die Beziehungen Italiens zu
Deutschland sind mehr theoretischer Natur, als durch die direkten
Lebensinteressen beider Völker geboten. Italien war daher stets
ein, man könnte sagen, künstliches Mitglied des Dreierbundes, und es
ist nicht ausgeschlossen, daß es sich vom Dreierbund löst, sobald seine
Interessen in anderer Weise gewahrt sein werden.

Diese Eventualität herbeizuführen, sehen wir zur Zeit mannig-
fache Elemente thätig. Es ist in der letzten Zeit unstreitig eine
Annäherung zwischen Italien und Frankreich erfolgt, z. B. im
tunesischen Handelsvertrag; außerdem sind russische Einflüsse
eifrig am Werk, um den Italienern die Notwendigkeit eines Rück-
tritts vom Dreierbund klar zu machen. Hierzu werden vor allem
die abessinischen Verlegenheiten Italiens ausgenutzt. Es wird
den Italienern vorgeredet, daß sie nach ihrer schweren Niederlage
von den beiden Verbündeten im Stich gelassen worden seien, und
daß nur Rußland und Frankreich sie vor dem völligen Verlust von

Erythrea schützen könnten. Der Besitz von Tripolis wird als
weitere Lockpreis vorgehalten. Es liegen auch Anzeichen dafür vor,
daß die Italiener tatsächlich durch alle diese Einflüsterungen, die
je nach Bedürfnis bald Zuckerbrot, bald Peitsche verwenden, in
ihrem Vertrauen auf den Dreierbund erschüttert sind, und um
so mehr, da natürliche Sympathien verwandtschaftlicher und —
republikanischer Art sie auf Frankreich hinweisen. Es kommt dazu,
daß England sein altes Spiel der Verhehlung wieder begonnen
hat und den Italienern in allen Tonarten das „Los vom Drei-
erbund“ vortreibt. In England steht der Italiener aber den na-
türlichen Verbündeten insofern, als die englischen Kriegsschiffe die
ausgedehnte Küste Italiens am besten und wirksamsten zu schützen
vermögen und auch bei dem Kolonialbesitz Italiens ein gewichtiges
Wort mitzusprechen haben.

Man wird also zum mindesten mit der Möglichkeit rechnen
müssen, daß Italien über kurz oder lang vom Dreierbund abspalten
wird. Was dann? Am wahrscheinlichsten würde es sein, daß sich
in diesem Falle Italien mit England zu einem neuen Zweierbund
zusammenfinden würde, so daß sich in Europa drei Gruppen
gegenüber ständen: Deutschland-Österreich, Rußland-Frankreich,
England-Italien. Was England zur Erstreben einer solchen
Gruppierung der Mächte veranlassen könnte, liegt auf der Hand:
Bei dem Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich einer-
seits, Rußland und Österreich andererseits würde der Zweierbund Eng-
land-Italien gewissermaßen den Schiedsrichter in Europa spielen
können; auf welche Seite dieser Zweierbund seine Macht
in die Waagschale werfen würde, der befehlte die
Oberhand. In dieser Rechnung ist nur ein Fehler:
Man unterschätzt in England die russisch-englischen Diffe-
renzen. Gerade der Gegensatz aber zwischen England und Ruß-
land beherrscht seit einigen Jahren die politische Situation voll-
ständig. Es bleibt nur die Frage, ob Rußland seine Ziele im
Orient und in Asien — nicht nur in Ostasien, sondern auch in
Afghanistan und in letzter Linie Indien — auf direktem oder indirek-
tem Wege erreichen will: auf direktem durch einen Kampf mit
England selbst; auf indirektem, indem zunächst Österreich und
Deutschland niedergeworfen werden und England dann vollständig
und widerstandslos in die Hände des vereinigten Rußland-Franzö-
sische gegeben wäre.

Das ist die Situation, wie sie sich zur Zeit darstellt. Sie ist
vielleicht nicht direkt bedrohlich — aber sie ist sehr verwickelt und
gefährlich. Zunächst wird wohl aller Wahrscheinlichkeit nach die
friedliche Konstellation die Oberhand behalten. Rußland-Franzö-
sische ist trotz allem noch nicht in der Lage, den Kampf mit Deutsch-
land-Österreich aufzunehmen — der Ausgang wäre zum mindesten
zweifelhaft und es hieße alles auf eine Karte setzen. Andererseits
findet Rußland in der diplomatischen Befestigung Englands so
viel Befriedigung und Erfolg, daß auch ein Krieg mit England
keine Notwendigkeit ist, umsoweniger, da Deutschland in der ganz
richtigen Erkenntnis der Schläge die Bestrebungen Rußlands
gegen England soviel wie nötig unterstützt. Aber dieses Bild kann
sich sehr bald ändern — Jüdischstoff genug liegt ja überall aufge-
häuft; welche Dimensionen aber eine kriegerische Genozidung in
Europa annehmen könnte, das ist nicht vorherzusagen.

Alles in allem ist die Gruppierung der Mächte, wie sie jetzt
besteht oder sich zu entwickeln scheint, keine sonderlich erfreuliche —
am wenigsten für Deutschland, das — leider kann darüber kaum
ein Zweifel bestehen — seine frühere beherrschende und ausschlag-
gebende Stellung verloren hat und vielleicht nur ein Mittel be-
sitzt, sie sich zurückzugewinnen: die Stärkung der eigenen
Macht. Daß Deutschland nebenbei durch eine kluge und vorrichtige
Politik der Sache des Friedens nach wie vor die wichtigsten Dienste
leisten kann und muß, versteht sich von selbst.

Vom Tage.

Karlsruhe, 27. Okt.

Die Reform des Militärstrafrechts und die bayerischen Ultramontanen.

Zu dem Bestreben der bayerischen Ultramontanen, die Einheits-
lichkeit des in Aussicht stehenden neuen deutschen Militärstraf-
verfahrens zu fördern, bemerkt die „Nat.-Abk. Kor.“: „Die ultramonta-
nen Presse Bayerns macht schon jetzt, obwohl die Einzelheiten über
die zu erwartende Militärstrafreform noch völlig unbekannt
sind, den Versuch, aus dieser Angelegenheit Kapital für das Sonder-
statentum zu schlagen. Das leitende Blatt, die „Augsb. Post“,
erklärt, die Jubellänge, mit welchen norddeutsche und im preußi-
schen Solde stehende süddeutsche „Blätter“ die Nachricht von der
Vorlegung einer einheitlichen Militärstrafreform im Bundesrat
begrußt haben, können „in bayerischen Herzen kein freudiges
Echo finden“. Sie klingen den Bayern eher wie Grabgeläute, denn
wenn dieser einheitliche Entwurf Gesetzeskraft erlange, so habe für
die vielbesiedelte bayerische Militärstrafreform das letzte
Ständlein geschlagen. Das ultramontane Blatt versichert, es denke
durchaus nicht so „engherzig“, daß es den „deutschen Brüdern“
eine Verbesserung ihres geradezu russischen Militärstrafrechtes
vorenthalten wolle, aber niemand könne den Bayern zumuten,
durch eine erhebliche Verschlechterung ihrer Ver-
ordnung den norddeutschen Brüdern eine Verbesserung zu ver-
schaffen. Die Ausführungen des Blattes lauten darauf hin-
aus, daß Bayern der geplanten Reform nicht zustimmen könne,
wenn nicht in einzelnen wichtigen Punkten Vorbehalte gemacht
werden können“. Mit anderen Worten: Für die bayerischen
Ultramontanen tritt der nationale Gesichtspunkt in dieser Frage
völlig in den Hintergrund. Die Schaffung einer einheitlichen Form
für das Militärstrafverfahren in Deutschland, welche für die
Freunde der Reform von tiefgreifendem Einfluß ist, scheint für die
bayer. Ultramontanen ein Grund zum Widerstande zu sein. Wir
möchten uns ganz bestimmt dagegen erklären, daß das Reformwerk
zur Verewigung unrichtiger sondersstaatlicher Verhältnisse ge-
braucht werde. Wenn die Reform des Militärstrafrechtes durch-
geführt wird, so muß sie eine einheitliche für das ganze deutsche
Volk sein. Da man auf preussischer Seite sich zu weitgehenden
Zugeständnissen bereit erklärt hat und Bayern keineswegs den
Standpunkt vertritt, daß alle Einzelheiten des bayerischen Ver-
fahrens unbedingt zu erhalten und erhaltenswert seien, so dürfen
wir an der Erwartung festhalten, daß es gelingen wird, ohne son-
derstaatliche „Vorbehalte“ zu dem erstrebten Ziele zu gelangen.“

Parlamentarische Wahlen in der Schweiz.
Δ Bern, 26. Okt. Die gestrigen Nationalratswahlen ergeben
in ihrer Gesamtheit eine Verchiebung des Stärkerverhältnisses der
Parteien nach links, indem die radikal-demokratische und die so-
zialistische Richtung einen Gewinn auf Kosten der gemäßigten libera-
len Partei, des Centrums, erzielt hat. Die Ultramontanen haben
ungefähr den gleichen Besitzstand wie früher, denn während sie in
den Kantonen Bern, Freiburg und Solothurn je einen Sitz erobert-
ten, mußten sie in den Kantonen Zug und Argau je einen solchen

den Freisinnigen, beziehungsweise den Demokraten abtreten. Bisher
sah in der schweizerischen Bundesversammlung als einziger Sozial-
demokrat Stadtrat Vogelsanger von Zürich, der vor sechs Jahren
gegen die Opposition der Freisinnigen als Kandidat der verbün-
deten Demokraten und Sozialisten gewählt wurde. Nachdem sich
Herr Vogelsanger in seiner parlamentarischen Betätigung nicht als
der richtige Vollblutsozialist erwiesen, sondern im Gegenteil
gezeigt hatte, daß er für die Postulate der bürgerlichen Parteien
ein großes Verständnis habe, sowie gewissen sozialdemokratischen
Experimenten sich abhold gezeigt hatte, sahen sich die Sozialisten
in ihm sehr getäuscht, und so ließen sie denn diesen ehemaligen
Mann ihres Vertrauens fallen. Aber das Unerwartete geschah:
Der von seinen Freunden bekämpfte Herr Vogelsanger, beifällig
bemerkend, ein überzeugungstreuer Sozialist, erhielt unter allen Kan-
didaten des ersten Wahlkreises die meisten Stimmen. Die Sozial-
demokraten hatten in verschiedenen Wahlkreisen eigene Parteilisten
aufgestellt, selbst da, wo sie im vornehmsten sich sagen mußten, daß
ihrer Liebe Müß umsonst sein würde. Mit ihren Kandidaten sind
indessen die Sozialdemokraten nirgends durchgedrungen, und nur in
Basel, wo sich die Freisinnigen zu einem Bündnis mit den
Sozialisten gegen die Konservativen herbeigelassen hatten,
erhielten sie einen Vertreter in der Person des Herrn
Wullschlegel, bisherigen Redakteurs des Basler „Vorwärts“ und
neugewählten Sekretärs des schweizerischen Gewerkschaftsbundes.
Am relativ günstigsten stellten sich die sozialdemokratischen Kan-
didaten im ersten Wahlkreise, der hauptsächlich die Stadt Zürich
umfaßt, in der eben mit dem raschen Anwachsen der Bevölkerung
auch die Stärke der sozialdemokratischen Partei ungewöhnlich zuge-
nommen hat. So vereinigte namentlich Arbeitersekretär Greulich
fast 7000 Stimmen auf sich, welche indessen zum Teil auch aus
liberalen Kreisen stammten, da ja der offizielle Kandidat der
liberalen Partei kaum die Hälfte der tatsächlich vorhandenen
liberalen Stimmen auf sich zu vereinigen vermochte. Es liegt nun
einmal klar zu Tage, daß dieser Kandidat, Oberst Wille, bis auf
weiteres nicht als der allgemeine Vertrauensmann der liberalen
Partei angesehen werden darf, und es wird sich fragen, ob unter
diesen Umständen die Kandidatur wird aufrecht erhalten bleiben
können, selbst auf die Gefahr hin, daß daraus der liberalen Partei
eine definitive Niederlage erwachsen sollte. Wenn bei der Nach-
wahl, was nicht so unwahrscheinlich ist, der Sozialist Greulich die
Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigt, so wird die sozialdemo-
kratische Partei im Nationalrat durch drei Mitglieder vertreten
sein. Thatsache ist, daß die sozialdemokratischen Stimmen seit den
vor drei Jahren stattgehabten Wahlen stark angewachsen sind,
so besonders in den größeren deutsch-schweizerischen Städten Zürich,
Basel und Bern. Wir haben also hier die gleiche Erscheinung, wie
man sie auch in Deutschland zu beobachten Gelegenheit hatte.
Das Fazit der gestrigen Wahlen ist, wie schon angedeutet, eine
wesentliche Kräftigung derjenigen Parteien, die ausgesprochene An-
hänger einer fortschreitenden und weitgehenden Zentralisation sind,
während die Föderalisten noch tiefer in die Minderheit herab-
gedrückt worden sind. Würde in der Schweiz nicht das Aeserentum
bestehen, so wäre unzweifelhaft dieses Verhältnis maßgebend für
die gesetzgebende Tätigkeit der Bundesversammlung in den
nächsten drei Jahren. Es würde sonach ohne Zweifel ein lech-
tafteres Tempo in der Ausführung der verschiedenen Postulate
eingeschlagen werden, die sich auf die Zentralisation und
den Staatssozialismus beziehen. So aber, wie die Dinge
liegen, wird auch dieses Gericht nicht so heiß gegessen
werden, wie es gestern aufgetragen wurde. Denn die Mehr-
heit des Schweizervolkes ist sicherlich nicht über Nacht radikal
und sozialistisch geworden, sondern sie wird nach wie vor für
einen ruhigen, bestimmten Fortschritt zu haben sein, einen Fort-
schritt, der die Grundlagen des schweizerischen Bundesstaates unter
allen Umständen aufrecht hält. Das wird auch die neu erwählte
radikal-demokratische Mehrheit der Bundesversammlung wohl im
Auge zu behalten haben, wenn sie sich nicht bei Referendum-
abstimmungen seitens der Volksmehrheit ein Dementi nach dem
andern holen will.

Deutsches Reich.

Dresden, 26. Okt. Wie das „Dresdener Journal“ ver-
nimmt, sind vom König in das Schiedsgericht für die Entscheidung
der Lippe'schen Thronfolge-Frage der Präsident des Reichsgerichts
Dr. von Dehlschläger, die Senatspräsidenten beim Reichsgericht Dr.
Bingner und Dr. Petersen sowie die Reichsgerichtsräte Dr. Bolze,
Müller und Ege berufen worden.

Berlin, 26. Okt. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die
Ernennung des Freiherrn v. Nishofen unter Beilegung des Cha-
racters eines Wirklichen Geheimen Legationsrates zum Direktor
der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Wien, 26. Okt. Die „Neue Freie Presse“ teilt mit in hie-
sigen Regierungskreisen sei man nicht geneigt, den Mitteilun-
gen der „Hamburger Nachrichten“ das Gendicht beizu-
legen, das ihnen ein großer Teil der europäischen Presse beizumist.
Man vermutet vielmehr, daß es sich bei dieser Mitteilung bloß
um jenes wechselseitige Neutralitätsverhältnis han-
delt, das lange vor Abschluß des außerdeutschen Bündnisses zwi-
schen Preußen und Rußland bestand und dem Preußen die im
deutsch-französischen Kriege so wichtige Neutralität Rußlands zu
danken hatte. Man glaubt, daß es zu formaler Aenderung dieses
Verhältnisses nicht gekommen ist und daß deshalb dessen Fort-
bestand bis zum Rücktritt Bismarcks formell behauptet werden
kann, obgleich es tatsächlich durch den Abschluß des Dreierbundes
allen Wert verlor, und daß sich der Reichskanzler Caprivi an
diese wesentliche und nicht an die formale Seite der Frage ge-
halten hat.

Wien, 26. Okt. Die der „Politischen Korrespondenz“ aus
Konstantinopel gemeldet wird, bestrebe in leitenden türkischen
Kreisen die Absicht, einen Kriegszug anzulegen, aber nicht auf
Grund einer Kopffsteuer, sondern durch Monopolisierung ver-
schiedener Artikel und durch Maßnahmen, welche auf dieser Grund-
lage getroffen werden sollen. Der genannten Korrespondenz wird
ferner gemeldet, daß die letzte Audienz bei dem Sultan einen ernsteren
Charakter getragen habe, da der Vorkämpfer der russischen Wochens
habt, daß von den für Kleinasien vorgesehenen Reformen bisher
nichts geschehen sei.

Wien, 26. Okt. Abgeordnetenhaus. Der Abgeordnete
Bacal brachte eine Interpellation ein über die schädlichen Wirk-
ungen der Zuckerkarte. In der fortgesetzten Debatte über
das Heimatsgesetz wird § 5 betr. die Erwerbung der Staats-

Mägerheit durch Ausländer, dessen Streichung von mehreren Rednern verlangt wurde, angenommen.

Italien.

Rom, 26. Okt. Der König ernannte 36 neue Senatoren, darunter den Generalsekretär des Ministeriums des Auswärtigen, Malvano, seinen ersten Generaladjutanten, Ponzio-Baglia, und den Bürgermeister von Rom, Fürsten Auspoli.

Rom, 26. Okt. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Rio de Janeiro: Eine zahlreiche bewaffnete Bande, die vor mehreren Jahren im Innern der Provinz Bahia ein starkes Truppen-Detachment angriff und zurückschlug, hatte gestern mehrere, hauptsächlich von Italienern bewirtschaftete Landgüter angegriffen. Das Leben der Italiener wurde nicht gefährdet. Der angerichtete Schaden ist jedoch erheblich. Die regulären Truppen des Staates Bahia gingen gegen die Bande vor und schlugen dieselbe. Die Bande hatte eine Anzahl Tote und Verwundete und wird von den Truppen weiter verfolgt. Die Bundesregierung hat der Regierung von Bahia Truppenverstärkungen zur Verfügung gestellt. Der italienische Bize-Konsul in Pernambuco hat Befehl erhalten, eine Untersuchung anzustellen und der unter den italienischen Kolonisten entstandenen Panik entgegenzutreten.

Frankreich.

Paris, 26. Okt. Der frühere Senatspräsident Challeme-Lacour ist heute gestorben. (Der Verstorbene war 1827 in Avranches geboren. Wegen seiner publizistischen Tätigkeit, die er in freirechtlichem Sinn übte, wurde er am 2. Dez. 1851 verhaftet und drei Jahre verbannt. 1870/71 war er Präfekt von Lyon. In der Politik vertrat er die Richtung seines Freundes Gambetta. 1879 wurde er Botschafter in Bern, 1880 in London, 1883 im Ministerium Ferry Minister des Innern, als welcher er den Krieg mit China veranlaßte. Die Boulangisten und Radikalen bekämpfte Challeme-Lacour energisch. 1893, nach Ferrys Tod, wurde er Präsident des Senats, sowie Mitglied der Academie. Er besaß eine reiche philosophische Bildung. Unter den deutschen Philosophen war ihm besonders Schopenhauer vertraut. Verschiedene Werke waren die Frucht seiner Studien.)

Paris, 26. Okt. Anlässlich der morgigen Kammereröffnung erklärt der „Figaro“, daß nun zwischen den Radikalen und den Gemäßigten ein erbitterter Entscheidungskampf beginnen werde. Der Sieg der Radikalen würde den materiellen Ruin, die Revolution und schließlich die Diktatur bedeuten. Diese Gefahr könne nur abgehalten werden, wenn die gemäßigten Elemente des Parlaments ihre Kräfte mit denjenigen des Ministeriums und des Präsidenten der Republik vereinigen. — Die eudämonisch festgestellten Ausgaben anlässlich der Festlichkeiten zu Ehren des Kaisers von Rußland betragen 3 1/2 Mill. Francs. — Die industriellen und kommerziellen Vereine unternehmen bei der Regierung Schritte, um eine Aufhebung der Wertzölle zu erreichen, welche in Rußland auf französische Produkte gelegt werden.

England.

London, 26. Okt. Der „Standard“ erwidert den Hauptstich der angeblichen Beunruhigung der öffentlichen Meinung auf dem Festlande und den Hauptthemen in dem Fürsten Bismarck. In seinen nach mehr als einer Seite schielenden Betrachtungen führt das Blatt aus, daß Bismarck auf periodischen diplomatischen Mühsal fußende Ausführungen schwerlich irgendwo Erfolg haben könnten. Umsonst führe er vereinzelte oder zurechtgemachte Stellen von 20 Jahre alten Depeschen an. Die ganze Welt wisse, daß Rußland dem christlichen Völker beim Berliner Kongress nie verziehen habe. Jedermann in Deutschland wisse, daß trotz Breslau, Tarnstadt und Wiesbaden der Kaiserbund nicht wieder hergestellt werde, und wenn Bismarck sein eigenes Gewissen erschreke, werde er sich Rechenschaft über die Haltung Frankreichs sowohl wie Rußlands geben können. Die Bedingungen des mit Frankreich geschlossenen Friedens seien an sich nicht sehr drückend gewesen. Bismarck aber habe Trübsal durch überflüssigen Egoismus und übermäßigen Neid. Die Franzosen hätten dies aus Klugheitsrücksichten ertragen. Jetzt aber seien alle Gründe der Vorsicht vorbei. Der Dreißigjährige Krieg sei noch fern, aber Italien fasse schon die von Frankreich ausgestreckte Hand und Desterreich stehe auf bestem Fuße mit Rußland. Ein gewisses Gefühl der Vereinsamung sei das Ergebnis in Deutschland und eine Aenderung der allgemeinen Lage zu Ungunsten Deutschlands. Daher kämen die jüngsten Klagen und die Bemühungen Bismarcks, um zu beweisen, daß Deutschland immer Rußlands treuer Freund gewesen. Dieser Versuch sei ebenso nichtig wie wenig würdevoll, aber er diene als schlüpfrige Grundlage für die Theorie, daß die russisch-französische Freundschaft gegen England, nicht gegen Deutschland gerichtet sei. Sei dies aber wahr, so liege Eegypten den Franzosen mehr im Sinne als Eßaff-Lethringen; so sei die erste Vorbedingung für die Rückkehr ruhiger Zeiten, daß Deutschland sich mit der Veränderung zufriedengebe, die unzweifelhaft in Europa stattgefunden habe und ihm noch immer eine Stellung übrig lasse, die irgend eine Nation stolz sein könne.

Rußland.

Petersburg, 26. Okt. Das „Journal de St. Petersburg“ gibt an leitender Stelle sämtliche über die Hochzeitfeier in Rom eingehenden Nachrichten wieder, bespricht den Eindruck des allgemein freudig zu begründenden Ereignisses in Italien und bemerkt schließlich: „Die ganze Nation, von Herzen mit der Herrscherfamilie vereint, erblickt in dem Erlauchten Sohne des Königs Humbert den Erben des glorreichen Hauses Savoyen und bringt dem zukünftigen Träger der Krone Italiens ihre wärmsten Glückwünsche dar. Das italienische Volk, welches die Weisheit des Hergens über alles schätzt, erblickt in der Wahl des Kronprinzen ein glänzendes Anzeichen für die Zukunft Italiens und erkennt freudig die hohen und edlen Eigenschaften der jugendlichen Prinzessin an, durch die ein Gemahl gesegnet werden muß. Ueberall außerhalb der Halbinsel schließt man sich von ganzem Herzen den innigen Wünschen für das Glück des jungen Ehepaares an.“ — Die russische „Börse-Zeitung“ mißt der Heirat keinerlei politische Bedeutung bei.

Petersburg, 26. Okt. Wie hier nach einer Privatmeldung verlautet, ist bei dem Finanzministerium ein dringendes Gesuch der Landeshaupten des Gouvernements Iwer eingelaufen, die Zölle auf landwirtschaftliche Maschinen und Geräthe aufzuheben, da die russischen Fabrikate teuer und ungenügend, die ausländischen Fabrikate aber bei den hohen Zöllen für die schon schwer leidende Landwirtschaft kaum erschwinglich seien.

Baden und Nachbarländer.

Karlsruhe, 27. Okt. Zur Neubefestigung des erbischoflichen Stuhles bringt die „Preisg. Ztg.“ einen Artikel, der sehr beachtenswerte Gesichtspunkte enthält. Es heißt in demselben:

„Der Bischof Knecht ist schon lange allgemein als der von der maßgebenden kirchlichen Seite zum Nachfolger Erzbischof Noos Ausereiter betrachtet worden. Man würde aber sehr zu wünschen sein, wenn man annehme, daß diese Kandidatur in kirchlich gesonnenen Kreisen allgemeiner Zustimmung sich erfreute; es verlautet vielmehr, daß dieselbe vielmehr auf Abneigung stößt, und zwar auch bei Leuten, die hinsichtlich seiner entschiedenen Richtung an dem Kandidaten an sich, wie er es in seinen Äußerungen offenbart, nicht allzu schwer erklären; denn es ist einleuchtend, daß es vielen Elementen, die sich selber einer ziemlich ungebundenen Freiheit des Handelns erfreuen, nicht erwünscht sein würde, unter ein energisches Regiment zu geraten, gleichviel welches auch die Ziele des letzteren sein mögen. Während man so allem Anschein nach der Meinung des Bischofs in jenem Lager mit großer Spannung entgegensteht, ist man auf liberaler Seite, so weit uns die Stimmung bekannt ist, nicht geneigt, der Angelegenheit eine allzu tiefgehende Bedeutung beizulegen. Man hat im Laufe der Jahre ersehen gelernt, daß die

Personenfrage nicht von der Wichtigkeit ist, die man ihr früher zugeschrieben hatte, und daß ein wirklich friedliebender Priester, der nicht nur den Wunsch, sondern auch die Willensenergie hätte, endlich den Streitigkeiten und der ständigen Aufregung des Volkes durch Presse, Kanzel und Beichtstuhl ein Ende zu machen, für das hohe Amt wohl niemals gefunden werden wird. Die wenigen Männer dieser Richtung, die heute im Innern noch vorhanden sind, haben sicherlich die allergrößte Aussicht, auf den erbischoflichen Stuhl zu gelangen. Nicht in einer Bestimmung, die niemals wirksam die Entscheidung der Staatsregierung auf den Geist des kirchlichen Regiments, sondern in der entschiedenen Ablehnung aller Ansprüche auf staatskirchlichem Gebiet, aller Versuche, den ultramontanen Geist unseren Staatseinstellungen aufzuprägen, sieht man in liberalen Kreisen die Aufgabe der Regierung. In der Durchführung dieser ist allerdings unerschütterliche Festigkeit ein dringendes Gebot unserer Zeit.“

Das ist ein Standpunkt, den jeder liberale Politiker von einiger praktischer Erfahrung teilen dürfte.

Heidelberg, 26. Okt. Die Feier des 350jährigen Jubiläums des Gymnasiums hat einen prächtigen Verlauf genommen. Nach dem bereits geschilderten Festakt in der Universitätsaula, bei welchem Oberbürgermeister Dr. Wildens den Glückwunsch der Stadt darbrachte und Geh. Hofrat Ullig eine Menge eingelassener Zuschriften (u. a. von Kardinal Dr. Kopp) verlas, folgte das Festmahl im Museum, an dem sich gegen 400 Personen beteiligten. Den Abend schloß, wie schon berichtet, eine Festvorstellung, woran sich ein gefälliges Zusammensein im Museum angeschlossen. Samstag, wurde ein Festgottesdienst abgehalten. Sodann wurde ein Sonntagmorgen in der Turnhalle und nachmittags ein Fäustkampf, Wettkampfe und Diskuswerfen am Neckarstrand veranstaltet. Abends ließ die Stadt das Schloß bengalisch beleuchten und ein sehr schönes Feuerwerk abrennen. Den Abschluß bildete gestern ein Komers in der Harmonie, bei dem Professor Brandt das Präsidium übernommen hatte.

Schwetzingen, 26. Okt. Heute Morgen wurde eine ältere Französin am Seidenheimer Wegübergang von dem 7 Uhr-Zug überfahren und war sofort tot. Sie wurde hierher ins Spital gebracht. Namen und Heimat sind noch unbekannt. — Die diesjährigen Hopfenpreise haben den Erwartungen der Produzenten nicht entsprochen, da für wirklich schöne Ware nur vorübergehend 70—75 M. bezahlt wurden. Der Durchschnittspreis stellt sich höchstens auf 25 M. Es haben deshalb auch verschiedene Pfälzer die Absicht, ihren Hopfenstand zu vermindern. Die Karsoffelernte, welche fast unter beständigem Regenwetter vor sich ging, ist außerordentlich reichlich ausgefallen; auch mit der Qualität ist man im ganzen zufrieden.

Offenburg, 26. Okt. Die Landesversammlung der Staatsärzte Badens fand gestern unter dem Vorsitz der Herren Medizinalräte Dr. Winter und Dr. Dörsinger in Baden im Bahnhofs-Hotel statt. Zu derselben hatten sich über 30 Teilnehmer eingefunden. Hauptgegenstand der Tagesordnung bildete der Vortrag des Medizinalreferenten im Großherzogtum des Innern, Herrn Geheimrat Dr. Wattlehner-Karlsruhe über „Eidnhausbauten“ vom hygienischen Gesichtspunkte aus. Der Vortrag führte zu einer lebhaften Diskussion und wurde mit großem Beifall aufgenommen. Die nächste Versammlung findet im Frühjahr in Freiburg i. A. statt.

Schopfleheim, 24. Okt. Fuhrmann Jakob Friedrich Wolfz in Würzburg, welcher kürzlich die Anzeige erstattet hatte, es sei am Abend des 13. Oktober 1896 auf der Straße zwischen Langensee und Würzburg ein Raubmord an ihm verübt worden, hat, wie dem „M. Tgl.“ mitgeteilt wird, bei seiner gerichtlichen Einvernahme angegeben, daß seine Angaben auf Erfindung beruhten. Mit Rücksicht darauf, daß durch dieses unwahre Gerücht die durch den Tönnhauer Mord hervorgerufene Beunruhigung des Publikums eine begründete Steigerung erfahren hat, ist durch das Bezirksamt gegen den leichfertigen Unruhbestifter auf Grund des § 260 Bff. 11 des R.-St.-G.-B. eingeschritten und auf eine 14-tägige Haftstrafe erkannt worden.

Vom Kaiserstuhl, 26. Okt. Gestern fand eine gut besuchte Versammlung von Bienenzüchtern des Bezirks Breisgau im Saal im Dreifach mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht über die Generalversammlung und Ausstellung in Mosbach; 2. Rechenschaft über Einzug der Jahresbeiträge; 3. Ausstellung bzw. Verlosung von Bienenzüchtern Geschenken. Als erster Vorstand wurde wiedergewählt Herr Pfarrer Dietrich von Niederzimmern. Nach dem neuen Statut muß auch ein zweiter Vorstand gewählt werden. Die Wahl fiel auf Herrn Pfarrer Weiser in Bischofsingen.

Konstanz, 26. Okt. Nichtsdesto trotz war am Samstag der Sonnenfall, wo sich die Freunde der liberalen Sache sehr zahlreich eingefunden hatten, um dem zündenden Vortrag des Herrn Prof. Dr. Robert Goldschmidt aus Karlsruhe über die „Vergangenheit und die Zukunft der nat.-lib. Partei“ zu lauschen. Die Ausführungen des padenden Redners waren an treffenden Gedanken und schlagendem Witz reich. Stürmischer, langanhaltender Beifall folgte der Rede, welche sicherlich in allen Anwesenden die Lust und Liebe zur idealen liberalen Sache kräftig und nachhaltig belebte; ihren Dank drückte die Versammlung dann noch durch Erheben von den Sitzen und nachher durch ein kräftiges dreifaches Hoch auf Herrn Prof. Dr. Goldschmidt aus. Allgemein war der Wunsch, denselben bald wieder einmal in Konstanz zu hören; hoffentlich geht dieser Wunsch in nicht zu ferner Zeit in Erfüllung.

Baden, 26. Okt. Schweigern. Beim Gericht von Herbstgericht fiel der Landwirt Johann Behringer. Beim Fall traf ihn eine Aule auf den Unterleib. Gestern erlag er seinen Verletzungen. Er hinterläßt 7 Kinder. — Oberachern. Schmid W. Martin, 52 Jahre alt, stürzte von der Tonne auf den Scheunboden und wurde schwer verletzt. — Lambach. Seitens der Landesfeuerwehr-Unterrichtungs-Klasse wurde der hiesigen Orts-gemeinde zur Anschaffung einer Feuerpritze ein Beitrag von 400 M. bewilligt.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 27. Okt.

Hofbericht. J. K. H. die Großherzogin sowie der Großherzog von Sachsen sind gestern Mittag von Baden-Baden nach Karlsruhe gereist. Der Großherzog von Sachsen besichtigte zunächst die Kunstgewerbeschule und das Kunstgewerbemuseum unter Führung des Direktors Professor Göp. Hiernach besuchte er die Messen der Professoren Heer und Schönleber und sah bei dem Professor Grafen Radreuth vor. Sodann besichtigte der Großherzog einen Teil der im Sammlungsgebäude am Friedrichsplatz untergebrachten Sammlungen. J. K. H. die Großherzogin starrte alsbald nach ihrer Ankunft hier der Gräfin Rhena und der Fürstin zur Lippe einen Besuch ab. Von 3 Uhr ab wohnte J. K. H. die Hofeiner Sitzung im Ludwig-Wilhelm-Krankenhaus bei. Die Rückkehr der Großherzogin sowie des Großherzogs von Sachsen nach Baden-Baden erfolgte 5 Uhr 37 Min. nachmittags. S. K. H. der Großherzog hat den Oberhofmarschall Grafen Andlaw und den Jägeradjutanten Obersten Müller dem Großherzog als Begleiter bei der Trauerfeier für den verstorbenen Erzbischof Dr. Noos zugeeignet. Hierbei wird J. K. H. die Großherzogin durch den Oberhofmarschallmann von Dienst und die Großherzogin durch den Hofmarschall Freiherrn von Freytag vertreten sein.

Die Indispotion S. K. H. des Großherzogs verläuft in normaler Weise. Der fatarische Zustand ist, wie das „Bad. Tgl.“ schreibt, in der Lösung begriffen und einige Tage der Schonung werden genügen, um die Entkräftungserscheinungen gänzlich zu beseitigen. Die nächste Witterung ließ es aber angezeit erscheinen, daß S. K. H. die beabsichtigte gewöhnliche Teilnahme

an der Enthüllung des Großherzog-Denkmal in Karlsruhe ausgab und sich einige Tage auf den Aufenthalt im Zimmer beschränkt.

Sammlung für den Friedrichsbau. Am Samstag, den 24. d. M., nachmittag, war das Komitee für die aus Anlaß des 70. Geburtstags des Großherzogs veranstaltete Sammlung zu Gunsten der Errichtung eines Friedrichsbau beim Ludwig-Wilhelm-Krankenhaus zu einer Vorstandssitzung zusammengetreten. Einleitend berichtet H. Karlsr. J. der Vorsitzende über den Empfang der Abordnung des Komitees bei S. K. H. am 8. September. Nachdem S. K. H. die Bedeutung der Sammlung dem Badischen Frauenverein zur Ausführung des Zweckes derselben überwiesen und das Unternehmen noch durch die Schenkung des Bauplatzes in hochherziger Weise unterstützt hat, könne das Komitee zum Abschluß seiner Tätigkeit schreiten. Das Komitee (H. Karlsr. J. als Vorsitzender) habe die Schlussrechnung über die eingegangenen Beträge abgeleitet; dieselbe sei durch die zwei vom Komitee damit betrauten Mitglieder geprüft worden. Darnach sind eingegangen: an Geschenken im ganzen 162 248,32 M., dazu kamen 2 Proz. Zinsvergütung laut Comptant mit 337,40 M.; an der Gesamteinnahme von 162 585,72 M. gehen ab an Porto 20.-, Auslagen 36,35 M., bleibt eine Einnahme von 162 549,37 M. Aus dieser wurden verwendet zum Ankauf von 5 Prozentigen badischen Staatsobligationen im Nennwert von 163 000 M. im ganzen 161 177,70 M., so daß noch ein Barvortrag von 1371,67 M. vorhanden war. Dieser letztere, samt den angekauften Staatsobligationen, wurden den Herrn Kelle übergeben und nachdem Herr Oberst Stiebold namens der Herren Revisoren die Nebeneinstimmung der obigen Angaben mit dem Ergebnis der stattgehabten Prüfung bestätigt und die Richtigkeit der ganzen Geschäftsabrechnung rühmend erwähnt hatte, sprach das Komitee dem Herrn Kommerzienrat Kelle, sowie dem Personal des Bauhauses für die der Sache geleistete, opferbereite Mitwirkung den gebührenden Dank aus. Die übergebenen Effekten samt dem Barvortrag wurden einem Vertreter des Frauenvereins sofort ausgeliefert und dankend entgegengenommen. Diesem wurden auch die auf die Sammlung bezüglichen Akten und Urkunden zur Aufbewahrung übergeben und an ihn (an wen? die Red.) wären künftig auch alle Korrespondenzen, Anfragen und etwaige weitere Zusendungen für den Friedrichsbau zu richten.

Zum Fall Frühwirth bringt die „Frankf. Ztg.“ neuerdings eine Darstellung, die von einer objektiven und urteilsfähigen Persönlichkeit stammen und auf Informationen beruhen soll, die sich — soweit das unter den obwaltenden Umständen möglich ist — mit den Ergebnissen der militärgerichtlichen Vernehmungen decken. Die Darstellung, die darauf hinauskommt, daß Stiepmann dem Offizier in gar keiner Weise provociert habe, bringt nichts wesentlich neues, sie mißt — wie das die demokratische „Objektivität“ verlangt — den Zeugnisaussagen der Begleitung Stiepmanns sehr große Glaubwürdigkeit bei, während den Aussagen des Begleiters des Offiziers gar keine Beachtung geschenkt wird. Nachdem alles, was durch Privatberichterstattung festgestellt werden kann, längst bekannt ist, sollte man unseres Erachtens das Ergebnis der amtlichen Untersuchung abwarten, die allein ein vollständiges und zuverlässiges Gesamtbild des Thatbestands liefern kann. Daß in diesem vielbesprochenen Fall eine amtliche Darstellung zur Begründung des Urteils schließlich veröffentlicht werden wird, darf man im allgemeinen Interesse auf das Bestimmteste erwarten.

Urbauungsurtheil der Minister. Es ist beabsichtigt, auch diesen Winter wieder in der Zeit nach Neujahr in der Landesregierung eine Uebungsstunde für Minister abzuhalten. Wie bisher können sich finden Uebungsstunde für Schneider (im Zuschneiden), für Schreiner (im Einleigenarbeiten), für Maler (in der Dekorationsmalerei und im Holz- und Marmorarbeiten), für Justizbeamte, Schlosser u. a. (in der Einrichtung von elektrischen Gasleitungen, sowie der Anlage und Untersuchung von Wasserleitern) und für Tapeziere; als neu ist ein Kurs für Sattler, der sich speziell mit der Anfertigung von Pferdebestümmen befaßt, in Aussicht genommen. Die Kurse dauern 8—14 Tage und es kann mündelbestimmte Meister zur Befreiung der Kosten der Reise und des hiesigen Aufenthaltes eine Beihilfe aus Staatsmitteln bewilligt werden.

Bausammlungsverein. Der Name „Halber“ hat eine mächtige Anziehungskraft: So voll wie am gestrigen Abend haben wir den großen Rathsaal noch bei keinem Vortrag gesehen. Schon bald nach 8 Uhr saßen die Zuhörer oder vielmehr — da die Lamenwelt weitaus die Mehrzahl bildet — die Zuhörerinnen in dichtem Reiben, um den so schnell berühmt gewordenen Verfasser der „Jugend“ kennen zu lernen. Halbe, ein noch junger Mann von sympathischen Aussehen, recitirte sein neues Drama, „Jung Wiese“, eine Dorsgeschichte, in welcher ein 23jähriger französischer Mann eine 70jährige (1) kinderlose Witwe heiratet, die mit ihrem früheren Mann bereits die goldene Hochzeit gefeiert. 25 Jahre lang führt Wiesele an der Seite seiner alten Frau ein qualvolles Dasein; denn die Alte kann eben nicht — sterben. Als Wiesele die 70jährige freite, dachte er nicht anders, als daß die Alte bald sterben und ihn als alleinigen Herrn und Besitzer des Hofguts zurücklassen würde. 25 Jahre wartete er vergebens auf den Tod der Alten. Da, am Tage der silbernen Hochzeit, hatte er genug des Wartens und — knirschte sich an einem Hüpfsofen auf! Dies die Quintessenz der Dorsgeschichte. Halbe verstand es meisterhaft, deren Inhalt im Pflaudertone wiederzugeben und erzielte großen Beifall.

Freiwillige Feuerwehr. Die erste und zweite Kompanie der freien Feuerwehr halten am Mittwoch Abend eine gemeinsame Uebung an städt. Spital.

Kleine Chronik. Am Samstag wurde ein stellen- und obdachlose Diensthoch aus Weidenbach. B. hier verhaftet, welcher von Dr. Amtsgericht B. in Haft wegen Diebstahl verurteilt ist. — Am 19. d. M. wurde in der 5.lichen Kreisstraße von einem Wagen hinweg eine Doppelwaage im Werte von 20 Mark, zum Nachteil des Lebensversicherungs-entwendet. — In der Kapuzinerstraße wurde am 14. d. Mts. einer 10 Jahre alten Mädchen von einem etwas älteren Mädchen ein Packerchen mit einem Wertigkeit von 2,60 M. entwendet. — Eine in der Bernhardstraße wohnende Frau hat am 20. d. Mts. von ihrer Wohnung bis zum Hoftheater oder von da zurück eine goldene Damen-uhre im Werte von 60 M. verloren; da die Uhr trotz Ausschreiben bis jetzt noch nicht abgegeben wurde, so dürfte ein Funddiebstahl vorliegen. — Ein wegen Betrugs in Untersuchungshaft dahier befindlicher Schreibgehilfe hat in der Zeit vom Juli bis September d. J. auch seinem in der Karlsruherstraße wohnenden Prinzipal 266 M., die er nach und nach eingenommen hatte und abliefern sollte, unterschlagen und für sich verwendet. — Am 21. d. M. wurden in einem Hause in der Argentinstraße, das zum Abbruch bestimmt ist, mehrere feinerne Fenstergeränder des 1. Stocks in einer Höhe von 2 Meter hinuntergeworfen, so daß sie zerbrachen; eine in den 2. Stock führende Stiege wurde umgeworfen und demoliert und dem Eigentümer ein Schaden von 115 M. zugefügt. Thäter ist ein in der Argentinstraße wohnender Knabe im Alter von beinahe 11 Jahren. — Eine Frau wurde am 21. d. Mts. auf der Welschen Kirchstraße aus einem Kinderwagen heraus ein Portemonnaie mit 6 M. Inhalt entwendet. — Am 21. d. Mts. hat ein in der 3.lichen Kreisstraße wohnhafter Tagelöhner im betrunkenen Zustande seine Stiefmutter mit einem Beil in der Hand mit Tödtung bedroht, weil sie ihm kein Geld zum Weintrinken gegeben hat. — Ein an unbekanntem Orte sich aufhaltende Diensthoch aus Karlsruhen hat sich am 25. d. Mts. in ein Haus in der 2.lichen Kreisstraße verdingen mit dem avorridischen Nebeneinkommen, daß sie am 1. d. Mts. den Dienst antreten werde. Dabei hat sie 2 M. Haftgeld verlangt und erhalten. Da sie den Dienst bis heute noch nicht angetreten hat, so wurde sie wegen Haftgeldderung angezeigt. — In der 8.lichen Kreisstraße wurde ein von Großh. Staatsanwaltschaft dahier verfolgter Schloffer verhaftet, welcher wegen Urkundenfälschung eine mehrwöchentliche Gefängnisstrafe zu erleiden hat.

Antliche Nachrichten.

Gewerbelehrer Gafar o. Rucht an der Gewerbeschule in Freiburg wurde in gleicher Eigenschaft an jene in Furtwangen versetzt.

